

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 13. Mai 1972 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 2/1972 Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In längerfristiger Sicht schwankt die Wirtschaftslage in der BRD zwischen den Polen verstärkter Inflation oder Stagnation. Kurzfristig überwiegt freilich noch die Situation eines zögernden realen Wachstums bei steigenden Preisen. Die industrielle Nettoproduktion zeigte bisher keine klare Wende an. Nach einem Anstieg im 4. Vj. 1971 gegenüber dem Vorquartal um +9,1 Prozent kam es zu einem leichten Abfall im Vorjahresvergleich (—0,0 Prozent) und einem gleichbleibenden Durchschnittsergebnis im 1. Vj. 1972 in bezug auf das 4. Vj. 1971

Der Auftragseingang blieb im 1. Vj. 1972 real unter dem Vorjahresstand; denn der nominale Durchschnitt von +3,4 Prozent war von Preissteigerungsraten überlagert.

Der inflationäre Trend hatte indes keine Unterbrechung erfahren. Die Preise im Bereich des privaten Verbrauchs lagen — gemessen an denen der Lebenshaltung aller Haushalte — im März d. J. gegenüber dem Vorjahreswert um +5,4 Prozent höher.

Allgemein herrscht die Meinung vor, daß die Unternehmer in den kommenden Monaten ihre Preise weiter heraufsetzen werden, um die Gewinne und damit die Selbstfinanzierungsraten zu steigern. Damit wird erneut das Argument der Lohn-Preis-Spirale widerlegt. Statt dessen existiert ein ungehemmter Preis-Profit- und Lohnsteuermechanismus, der den Zuwachs der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten 1971 auf +5,1 Prozent begrenzte (—3,2 Prozent gegenüber 1970) und ihn

1972 nochmals stark beschneiden dürfte.

Bundesregierung und gewerbliche Wirtschaft unternehmen alles, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen, um die geplanten Profitraten für das laufende Jahr (nach Schätzungen bis zu 14 Prozent netto) nicht von der Lohnseite her zu gefährden. Vorwiegend aus politischen Erwägungen heraus haben einzelne Gewerkschaften im 1. Hj. 1972 bereits diesem Druck nachgegeben, indem sie ihre tariflichen Neuabschlüsse an der Lohnleitlinie der Regierung orientierten.

Unternehmer und Staat honorieren diese Zurückhaltung jedoch nicht. Neben monopolistischen Preissteigerungen wird der Geldüberhang durch forcierten Export (positiver Handelsbilanzsaldo Januar/Februar 1972 +2,8 Mrd., gegenüber Januar/Februar 1971 um 1 Mrd. DM erhöht) verstärkt und staatlicherseits besteht keine Neigung, die Lohnsteuerprogression einzudämmen (42,6 Prozent der Mehreinnahmen entfielen 1971 allein auf die Lohnsteuer) sowie die verschärfte Verbrauchsbesteuerung rückgängig zu machen.

Schließlich tritt die Umverteilung der Einkommen zum Nachteil der Arbeiterklasse immer unverhüllter hervor. In der Finanzplanung bis 1975 wurden die Ausgaben für effektive Reformen gekürzt oder gestrichen; dafür sind die für Rüstung angehoben worden. Trotz Steuerbelastung sollen die öffentlichen Investitionen bis 1974 nominal um —3,6 Prozent zurückgehen. Rascher steigt die Verschuldung der öffentlichen Hand

(im Bundeshaushalt 1972 6 bis 7,4 Mrd. DM, alle Gebietskörperschaften über 20 Mrd. DM), was auf die Dauer den Steuerdruck auf die Abhängigen verschärfen wird.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Renten erwerbstätiger Frauen

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Nach der Prognose der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (im folgenden mit „Arbeitsgemeinschaft“ bezeichnet) vom 27. 4. 72 soll das BIP in diesem Jahre real um +2,5 Prozent (1971 +2,7 Prozent) wachsen.

Dabei wird eine Steigerungsrate von +3,5 Prozent im 2. Hj. erwartet, nachdem sie sich im 1. Hj. auf höchstens +1,5 Prozent einstellen dürfte.

Der wachstumsauslösende Faktor soll von einer realen 5-prozentigen Anhebung der Produktivität (reales BIP je Erwerbstätigenstunde) im 2. Hj. ausgehen, die von einer um -0,6 Prozent geringeren Erwerbstätigenzahl erwirtschaftet wird.

Dies wäre zumindest seit 1970 die höchste Steigerungsrate der Produktivität überhaupt.

Verteilungspolitisch sollen davon nicht primär diejenigen profitieren, die diese Produktivitätssteigerung hervorbringen, sondern die Eigentümer an den Produktionsmitteln: die Nettolohn- und Gehaltssumme soll um 8,5 Prozent, die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sollen um 12 Prozent wachsen. Darüberhinaus erwartet die Arbeitsgemeinschaft eine 11-prozentige Steigerung der Abschreibungen und schließlich eine 36,2prozentige der nichtentnommenen Gewinne.

Das eigentliche wirtschaftspolitische Problem im laufenden und nächsten Jahr stellt die Inflation dar. Der seit 1970 ungebrochene Preisanstieg, gemessen am Preisniveau der Verwendungsseite des BSP, findet nach den Prognosen der Arbeitsgemeinschaft 1972 seine Fortsetzung: 1970 +7,3, 1971 +7,7, 1972 +6 Prozent.

Demgemäß wird eine nominelle Veränderung des BSP um +8,5 Prozent in Aussicht gestellt.

Selbst wenn die optimistische Prognose einer 6prozentigen Inflationierung des BSP zutreffen sollte, was angesichts der gegenwärtigen Preiswelle zu bezweifeln ist (vgl. Kennziffer 3.4), so kann von einer Verlagerung der Krise aus dem güterwirtschaftlichen in den Finanzbereich ausgegangen werden. Dadurch wird aber die Krise im Produktionssektor nur herausgeschoben, nicht endgültig verhindert. Symptomatisch dafür ist die Annahme einer Stagnation der Anlageinvestitionen bei einer negativen Veränderung der Ausrüstungen. Würde 1973 wieder ein positives Wachstum der Investitionen einsetzen, dann könnte ein Gleichgewicht zwischen Güter- und Geldseite nur bei noch höheren Investitionsraten als im vergangenen Boom (bis über 26 Prozent des BSP) erreicht werden. Bei derart minimalen Lohn- und Gehaltssteigerungen, wie sie 1972 geplant sind und durchgesetzt werden, vergrößert sich die Gefahr einer massiven Überproduktionskrise.

Hieraus ergeben sich Verantwortung und Aufgabe der Gewerkschaften, sofort auf eine konsequente aktive Lohnpolitik umzuschalten.

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1971		1972		1972
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
BIP, real	+ 3,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,5	+ 2,5
Erwerbstätige	+ 0,6	- 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Produktivität	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,5	+ 5,0	+ 3,5
Anlageinvestitionen	+ 9,6	- 0,6	- 0,5	+ 1	0
darunter					
Ausrüstungen	+ 9,7	- 0,5	- 6	0	- 3
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,8	+ 5,2	+ 8	+ 15,5	+ 12
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 11,1	+ 10	+ 8	+ 8,5	+ 8,5
Nichtentnommene Gewinne					+ 36,2
Abschreibungen	+ 14,8	+ 13,9	+ 11	+ 11	+ 11
BSP, nominal	+ 12	+ 9,6	+ 8,5	+ 8,5	+ 8,5
Preisniveau des BSP	+ 7,6	+ 7,9	+ 6,5	+ 5	+ 6

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1972, Hamburg 27. 4. 1972)

Erwartet wird ein reales Wachstum des BIP für 1972 von + 2,5 Prozent. Die Produktivität soll im 2. Hj. um + 5 Prozent zunehmen, Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um + 12 Prozent, Nettolöhne und -gehälter um + 8,5 Prozent, nichtentnommene Gewinne um + 36,2 Prozent. Das Preisniveau des BSP soll mindestens um + 6 Prozent steigen. Die Krise wird damit in den Finanzbereich verlagert, um den Produktionsbereich monetär zu stimulieren.

1.2 Industrieproduktion

Infolge der beschleunigten Geldentwertung geben die Indexreihen der Auftragseingänge und der Umsätze in der Industrie immer weniger ein eindeutiges Bild der momentanen konjunkturellen Situation wieder.

Die Auseinandersetzung geht daher um die Frage, ob weiterhin Stagnation mit rezessivem Trend besteht oder ob sich die BRD vor einem neuen Aufschwung befindet.

Folgt man dem Index der industriellen Nettoproduktion im 4. Vj. 1971 und vergleicht damit die Entwicklung im Vorquartal, dann wäre schon Ende 1971 eine Tendenzwende eingetreten. Gegenüber dem Vorjahresvierteljahr allerdings fiel der Index entsprechend dem längerfristigen Trend weiter ab und ging auf - 0,0 Prozent zurück.

Veränderung der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1970	1. Vj.	1971	3. Vj.	4. Vj.
4. Vj.		2. Vj.		
+ 1,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,8	- 0,0

(Quelle: INFO 1/1972, S. 2, Wirtschaftskonjunktur, Vierteljahresbericht des Ifo-Instituts, 1/72, S. 6.)

Die wichtigsten Industriesparten meldeten folgende Veränderungen:

Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

	1971		Prozent-Veränd.	
	3. Vj.	4. Vj.	1. 4. Vj. geg. dem Vorj.	3. Vj. 1971
Industrie insgesamt	149,1	162,6	- 0	+ 9,1
Kohlenbergbau	80,3	87,6	± 0	+ 9,1
Eisenschaffende Industrie	131,1	116,9	- 11,2	- 10,8
Chemische Industrie	239,9	248,5	+ 10,2	+ 3,6
Maschinenbau	123,0	135,5	- 6,8	+ 10,2
Straßenfahrzeugbau	162,4	165,7	- 14,3	+ 2,0
Elektrotechn. Industrie	165,6	198,3	- 1,9	+ 19,8
Textilindustrie	118,6	146,0	+ 5,8	+ 23,1
Ernährungsindustrie	136,8	162,2	+ 6,5	+ 18,6

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, Ifo-Institut, 1/72, S. 4, 6-10, 13.)

Dabei fällt zunächst tendenziell die Differenzierung zwischen Investitionsgüter- und Grundstoff- sowie Verbrauchsgüterindustrie auf. Dies gilt sowohl für den Vorjahres- als auch für den Vorquartalsvergleich.

Im Vorjahresvergleich befanden sich die eisenschaffende Industrie (- 11,2 Prozent), der Maschinenbau (- 6,8 Prozent), der Straßenfahrzeugbau (- 14,3 Prozent) und die elektrotechnische Industrie (- 1,9 Prozent) in absoluter Aufwärtsbewegung.

Im Vorquartalsvergleich hielt nur bei der eisenschaffenden Industrie dieser Trend an (- 10,8 Prozent), während sich der Maschinenbau (+ 10,2 Prozent), der Straßenfahrzeugbau (+ 2,0 Prozent) und die elektrotechnische Industrie (+ 19,8 Prozent) erholt zeigten. Der Kohlenbergbau stagnierte gegenüber dem 4. Vj. 1970, während er gegenüber dem 3. Vj. 1971 mit + 9,1 Prozent wie die Industrieproduktion insgesamt (+ 9,1 Prozent) ein höheres Ausstoßergebnis verzeichnete.

Umgekehrt fiel die chemische Industrie von 10,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal auf + 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorvierteljahr auffallend ab.

Im Grunde genommen wurde die Binnenkonjunktur — wie im 2. Hj. 1971 überhaupt — weiterhin von der Verbrauchsgüterindustrie gestützt, wie der anhaltende Zuwachs der Produktionsindizes der Textil- (+ 5,8 Prozent gegenüber dem 4. Vj. 1970; + 23,1 Prozent gegenüber dem 3. Vj. 1971) und der Ernährungsindustrie (+ 6,5 bzw. + 18,6 Prozent) zeigt.

Im 1. Vj. 1972 verlangsamte sich der Anstieg wieder zu- sehends, wenn die Monatsergebnisse der gesamten Industrie- produktion von Januar bis März im Durchschnitt betrachtet werden.

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. in %	
	1971	1972	1971	1972
Januar	153,6	152,0	+ 7,3	- 1,0
Februar	158,7	158,0	+ 4,8	- 0,6
März	158,4	166,0	- 0,3	+ 4,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 65; BMWF Tagesnachrichten, 7. 3. 1972, S. 4. 1972, S. 5. 1972).

Im Januar und Februar lag der Index der Nettoausbringung mit - 1,0 bzw. - 0,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau, wogegen er im Vorjahr noch klar überschritten wurde. Der Anstieg im März um + 4,5 Prozent ist auf saisonale Einflüsse zurückzuführen. Im Durchschnitt der letzten Jahre lag er bei + 3,8 Prozent. Das knappe Überschreiten dieses Werts kann kaum als Wendemarke eingeschätzt werden.

Bezogen auf die drei maßgeblichen Industriezweige Investi- tions-, Verbrauchs- sowie Grundstoff- und Produktionsgüter- industrie, ist die kräftigste Anregung abermals von der Ver- brauchsgüterpartie her erfolgt. Sie stieg von + 2,0 im Jan- uar über + 2,9 im Februar auf + 8,4 Prozent im März.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- und Prod.-güterind.	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
Januar	160	150	148	151	166	167
Februar	162	156	151	156	180	178
März	162	161	151	164	180	188

Veränderung in Prozent geg. d. Vorj.

Januar	+ 10,7	- 5,9	+ 8,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,8
Februar	+ 2,9	- 3,8	+ 2,6	+ 2,9	+ 4,0	- 0,6
März	- 2,6	- 0,4	- 3,0	+ 8,4	+ 1,8	+ 4,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 65; BMWF Tagesnachrichten, 7. 3. 1972, S. 4. 1972, S. 5. 1972).

Schwächer, aber im ganzen parallel mit der Industrieproduk- tion insgesamt, nahm der Ausstoß der Grundstoff- und Pro- duktionsgüterindustrie zu (+ 0,8, - 0,6, + 4,3 Prozent). Rückläufig bleibt jedoch die Investitionsgüterindustrie; sie entwickelt sich nicht synchron mit dem Konjunkturverlauf, so daß von einem wirklichen Umschwung noch nicht gespro- chen werden kann. Im Vorjahresvergleich sank ihr Ergebnis von - 5,9 (Januar), auf - 3,8 (Februar) und - 0,4 Prozent (März). Rezessiv blieb im Februar dieses Jahres insbeson- dere der Maschinenbau (- 8,8 Prozent), speziell der für die Produktionsgüterindustrie (- 13,1 Prozent); der Straßen- fahrzeugbau (- 5,3 Prozent), speziell der Liefer- und Last- kraftwagensektor (- 14,9 Prozent); die elektrotechnische In- dustrie (- 7,5 Prozent) und die Stahlverformung (- 16,6 Prozent) (BMWF Monatsbericht 4/1972, I).

Neben der Verbrauchsgüterindustrie trug — allen Vermu- tungen, die im Vorjahr geäußert wurden, zuwiderlaufend — der Export einmal mehr dazu bei, das rasche Abgleiten der Wirtschaftslage in die Krise zu verhindern. Dies kann aus den Umsatzveränderungen von Dezember 1971 bis Februar 1972 geschlossen werden, die prozentual wie folgt angegeben wurden:

	Umsatzveränd. i. Prozent gegenüber dem Vormonat		Umsatz Vorjahr	
	Gesamt- umsatz	Auslands- umsatz	Gesamt- umsatz	Auslands- umsatz
Dezember	- 0,3	+ 6,9	+ 0,3	- 2,0
Januar	- 12,7	- 16,4	+ 5,5	+ 6,5
Februar	+ 7,0	+ 12,7	+ 8,0	+ 13,4

(Quelle: BMWF Monatsbericht, 2/1972, 3/1972, 4/1972 III b).

Zu beachten ist jedoch, daß es sich um Nominal- nicht um Realwerte handelt.

Dies gilt auch für die Auftragseingänge:

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, öffentliche Energie- wirtschaft) 1970 = 100

	Auftragseingangindex		Veränd. i. Prozent gegenüber dem Vormonat		Vorjahr	
	1971	1972	1972	1971	1972	
Januar	92	95	- 4,0	+ 1,1	+ 3,1	
Februar	97	103	+ 8,4	- 1,3	+ 6,6	
März	115	116	+ 12,6	+ 9,7	+ 0,6	

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, S. 4. 1972, S. 5. 1972)

Stellt man die Diagnose auf den Vormonatvergleich ab, dann setzte nach einem Abfall der Bestellungen im Januar (- 4,0 Prozent) eine zunehmende Belegung im Februar (+ 8,4 Prozent) und März (+ 12,6 Prozent) ein.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war die Entwicklung Schwankungen unterworfen: + 3,1, + 6,6, + 0,6 Prozent. Und gerade an diesen Werten ist abzulesen, daß die kriti- sche Situation noch nicht überwunden ist; denn nach Aus- schaltung der Preissteigerungsraten dürfte per Saldo eine abfallende Linie der Nachfrage nach Industrieprodukten vor- herrschen.

Nach Industriesparten aufgeteilt, ergibt sich das gleiche Bild wie bei der Nettoproduktion: die Investitionsgüterindustrie hat die geringste (- 1,9, + 6,0, - 4,6 Prozent Januar bis März 1972 / Januar bis März 1971), die Verbrauchsgüter- industrie die höchste Nachfrage (+ 10,9, + 12,1, + 9,8 Pro- zent). Ähnlich verhält es sich mit Auslandsaufträgen. Die Investitionsgüterindustrie hatte gegenüber den anderen Be- reichen den schwächsten Eingang zu verzeichnen: - 3,0 Pro- zent im Dreimonatsdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr gegenüber + 5,4 Prozent bei der Verbrauchs- sowie + 6,7 Prozent bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie.

Nicht zuletzt durch die anhaltende Auslandsnachfrage bei den letzteren Sparten hat sich die durch Bestellungen ge- sicherte Produktionsdauer laut ifo-Konjunkturtest (ifo- Schnelldienst 17/1972, S. 3) von 3 Monaten im Dezember 1971 auf 3,2 Monate im März d. J. geringfügig erhöht.

Die anhaltende Inflation verdeckt die labile Wirtschafts- lage vor allem in bezug auf Umsatz und Auftragsein- gang. Bezüglich der Nettoproduktion ergab sich im 4. Vj. 1971 kein Anstieg der Ausbringung gegenüber dem glei- chen Vorjahreszeitraum (- 0,0 Prozent). Investitions- und Grundstoffindustrie wiesen negative Raten auf: Ma- schinenbau - 6,8, Eisenschaff. Ind. - 11,2, Straßenfahr- zeugbau - 14,3 Prozent. Im 1. Vj. 1972 nahm die Netto- produktion insgesamt um wenige Indexpunkte zu, wo- bei aber die Investitionsgüterindustrie weiter unter Druck stand (- 3,4 Prozent gegenüber dem 1. Vj. 1971). Der Auftragseingang deutete bis März d. J. auf eine un- gefestigte Konjunkturlage hin: Industrie insg. + 3,2, Grundstoffind. + 3,9, Investitionsgüterind. - 0,5, Ver- brauchsgüterind. + 10,8 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr. Neben der Verbrauchsgüterindustrie bleibt das Exportgeschäft ein starker Entlastungsfaktor im Hin- blick auf Umsatz (Januar + 6,5, Februar + 13,4 Prozent im Vorjahresvergleich) und Aufträge (Januar bis März + 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, Industrie ins- gesamt). Die Produktionssicherung in der Industrie auf- grund von Bestellungen belief sich im März 1972 auf 3,2 Monate.

1.3 Außenwirtschaft

In den ersten 2 Monaten des laufenden Jahres setzte sich der langfristig beharrlich aufwärts weisende Trend eines positiven Saldos der Handelsbilanz fort. Im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum kam es sogar zu einer beacht- lichen nominalen Steigerung von rd. 1 Mrd. DM, das sind

+ 55,6 Prozent. Das Schwergewicht lag dabei auf der Ausfuhr, die um mehr als 2 Mrd. DM zunahm (von 20,2 auf 22,3 Mrd. DM), während die Importe lediglich ein Plus von 1 Mrd. DM erreichten (von 18,5 auf 19,5 Mrd. DM).

Bei der Kapitalbilanz wies der positive Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs wiederum eine Zunahme auf, und zwar um fast 3 Mrd. DM, während im kurzfristigen Kapitalverkehr per Saldo ein Minus von 4,6 Mrd. DM gemeldet wurde, so daß die gesamte Kapitalbilanz ein Saldo von -1,7 Mrd. DM aufwies.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

	Januar bis 1971	Februar 1972
Handelsbilanz	+ 1,8	+ 2,8
Kapitalbilanz	- 2,7	- 1,7
darunter:		
langfristiger Kapitalverkehr	+ 0,2	+ 3,0
kurzfristiger Kapitalverkehr	- 2,9	- 4,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 11)

Diese Entwicklung bestätigt nachdrücklich die Analyse in INFO 1/1972 (Kennziffer 1.3, S. 4). Was die Chance der BRD hinsichtlich einer möglichen außenwirtschaftlichen Absicherung ihrer Preisstabilitätsbemühungen praktisch aussichtslos gemacht hat, ist die jüngste EWG-Vereinbarung über eine engere Währungsverflechtung. Danach könnte nur noch die EWG insgesamt gegenüber dem anhaltenden US-Dollar-Druck, dem besonders die BRD ausgeliefert ist, wirksame Maßnahmen ergreifen. Doch hierzu besteht keinerlei Neigung, da die EWG-Partner der BRD aus eigenen handelspolitischen Ambitionen heraus an einer heftigen Inflation in Westdeutschland stark interessiert sind.

Ein Alleingang der BRD wäre nur noch in Form von Beschlüssen möglich, die auf eine rigorose Dollareinfuhrsperr abzielen.

Die am 1. März 1972 in Kraft getretene Depotpflicht für bestimmte Kreditaufnahmen aus dem Ausland (40 Prozent der Kreditsumme müssen bei der Bundesbank zinslos gehalten werden) dürfte im Kampf gegen die Dollarschwemme nicht erfolgreich sein; denn schon im Januar/Februar d. J. wurde der Kapitalimport vorwiegend durch Wertpapiertransaktionen organisiert. Der auf diese Art anhaltende Devisenzufluß belief sich auf fast 2 Mrd. DM, so daß Ende Februar die Währungsreserven mit netto 63,3 Mrd. DM wieder auf den Höchststand von netto 64 Mrd. DM im November vorigen Jahres zuliefen (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 11, 74).

Der Außenhandel nach Regionen wies 1971 im Vergleich zu 1970 folgende Struktur auf:

Außenhandel nach Regionen

	Anteil am Export in Prozent		Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM	
	1970	1971	1970	1971
Alle Länder	100,0	100,0	+ 15,7	+ 15,9
Kapitalist. Industrieländer	78,5	78,3	+ 14,1	+ 14,0
darunter:				
EWG	40,1	40,1	+ 1,8	- 1,5
EFTA	22,6	22,4	+ 11,7	+ 13,4
USA	9,1	9,7	- 0,6	+ 0,7
Sozialistische Länder	4,3	4,3	+ 1,0	+ 1,1
„Entwicklungsländer“	17,0	17,2	+ 0,4	+ 0,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 71)

An den wichtigsten Größenordnungen hat sich 1971 im Vergleich zum Vorjahr fast nichts geändert. Dem gleichbleibend geringen Anteil der sozialistischen Länder am Ausfuhrvolumen steht weiter ein überaus großer der übrigen Welt gegenüber. Eine Änderung dieses Verhältnisses würde sicherlich auf längere Zeit positive Auswirkungen auf die außenhandels- und währungspolitische Lage der BRD haben.

Im Zeitraum Januar/Februar 1972 setzte sich der permanente Ausfuhrüberschuß mit einer Steigerung gegenüber Januar/Februar 1971 von + 55,6 Prozent fort: Die Ausfuhr belief sich auf 22,3 Mrd., die Einfuhr auf 19,5 Mrd. DM (Saldo 2,8 Mrd. DM). Die Kapitalbilanz wies ein Minus von 1,7 Mrd. DM auf bei einem positiven Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs. Die Kapitaleinfuhr umfaßte fast 2 Mrd. DM, so daß sich die Währungsreserven auf 63,3 Mrd. DM (netto) steigerten. Der Devisenzustrom — eine der Inflationsquellen — erfolgte über Wertpapiertransaktionen. Dadurch wurde trotz Bardepotpflicht die Dollarschwemme nicht eingedämmt.

1.4 Investitionen

Die unklare konjunkturelle Lage geht nicht zuletzt auf die schwankende Entwicklung im Investitionsgüterbereich zurück. Im Zeitraum März/April d. J. zeichnete sich noch keine Überwindung der schwachen Investitionsneigung ab, die im letzten Hj. 1971 einsetzte.

Insgesamt ergeben sich noch keine Anzeichen für einen Aufschwung, insbesondere wenn die Situation im Maschinenbau, dem Zentrum des Investitionsgütersektors, betrachtet wird. Impulse für einen raschen Auftrieb sind bisher nicht registriert worden, zumal das Inlandsgeschäft auf der Ende April zu Ende gegangenen Hannover-Messe bei größeren Investitionen merklich zurückhaltend blieb.

Speziell jene Branchen mit technisch bedingten hohen Produktionskapazitäten hielten mit Aufträgen zurück, was sich vor allem auf die Hersteller von Kunststoffmaschinen negativ auswirkte.

Entsprechend den Investitionszielen für das laufende Jahr sind die Produzenten für Rationalisierungshilfen (z. B. Büro- und Informationstechnik) eher zufriedengestellt worden.

Die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests vom Februar 1972 (ifo Schnelldienst 13/14/1972) besagten für den Stahl- und Metallbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Schiffbau und für die Stahlverformung ein Überwiegen ungünstiger Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate.

Hinsichtlich der konkreten Investitionsprojektion wird in diesem Jahr die Rationalisierung generell vor der Kapazitätserweiterung rangieren.

Die Bundesregierung rechnet laut Jahreswirtschaftsbericht 1972 allenfalls mit einer Stagnation der realen Anlageinvestitionen (JWB, S. 18). Diese Annahme verleitet sie zu einer geplanten Ausweitung der staatlichen Investitionen um nominal lediglich 12 bis 14 Prozent. Demgegenüber hält der Sachverständigenrat eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um 18 Prozent für notwendig, wenn der Vollbeschäftigung der Vorrang vor allen anderen Zielen der Wirtschaftspolitik eingeräumt werden soll (Jahresgutachten, S. 117 ff.).

Die Vorstellungen des Sachverständigenrates sind schon deshalb nicht von der Hand zu weisen, weil die staatliche Investitionspolitik in der Vergangenheit stetig den von den Unternehmerentscheidungen abhängigen Zyklen folgte. Hier machte sich konkret die geringe Eigenständigkeit des Staates gegenüber den privaten Kapitalinteressen offen bemerkbar.

Von 1961 bis 1971 folgten im wesentlichen die Sachinvestitionen und Bauten den konjunkturellen Wellenlinien:

Investitionsausgaben der öffentlichen Hand

	Sachinvestitionen	
	In Mrd. DM	Verändrg. i. % geg. d. Vorj.
1961	13,0	
1962	16,1	+ 24,1
1963	18,5	+ 14,5
1964	21,7	+ 17,1
1965	23,1	+ 6,8
1966	23,0	- 0,7
1967	22,2	- 3,1
1968	22,7	+ 1,9
1969	25,7	+ 13,5
1970	31,6	+ 22,7
1971	37,0	+ 17,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 15)

Die staatliche Wirtschaftspolitik hielt also mit Investitionen gerade dann zurück, wenn sie im Interesse gesicherter Arbeitsplätze und kontinuierlich hoher Realeinkommen der abhängig Beschäftigten dringend gewesen wären, nämlich von 1965 bis 1968.

Bis April 1972 war kein Aufschwung der Investitionsneigung in Sicht. Die Situation im Maschinenbau ist dabei besonders labil, aber auch im Stahl- und Metallbau, Fahrzeug-, Schiffbau und bei der Stahlverformung überwiegen die ungünstigen Erwartungen für die nächsten 6 Monate. Andererseits betreibt der Staat keine langfristig geplante Investitionspolitik mit stetigen Zuwachsraten, weil er sich in die Abhängigkeit der von den Unternehmern zu verantwortenden Zyklen begibt.

1.5 Beschäftigung

Vom Dezember 1970 auf Dezember 1971 reduzierte sich die Zahl der Industriebeschäftigten um — 2,2 Prozent (rd. 192 000), darunter der Arbeiter um — 3,4 Prozent.

Im Januar 1972 sank die Industriebeschäftigung gegenüber dem Vorjahr sogar um — 2,6 Prozent.

Im Dezember 1970 wurde dagegen im Vergleich zum Vorjahresmonat noch eine Zunahme der Industriebeschäftigten von + 1,6 Prozent, darunter der Arbeiter von + 0,6 Prozent, gemeldet.

	Industriebeschäftigung*)			
	Industriebeschäftigung in Mio.	Veränd. geg. d. Vorjahr i. Prozent	Insg. Arbeiter in Mio.	Veränd. geg. d. Vorj. i. Prozent
1970	8,6	+ 3,6	6,5	+ 3,0
1970, Dezember	8,6	+ 1,6	6,4	+ 0,6
1971, Dezember	8,4	— 2,2	6,2	— 3,4

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 4/1972, S. 115)
*) ohne Bauind., Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke, Betriebe mit 10 u. m. Personen.

Bis Ende Januar ergab sich:

	Industriebeschäftigte			
	in Mio. 1970/71	1971/72	Veränd. geg. d. Vorj. i. Prozent 1970/71	1971/72
Dezember	8,62	8,43	+ 1,6	— 2,2
Januar	8,59	8,36	+ 1,1	— 2,6

(Quelle: INFO 2/1971, S. 5; BMWF Monatsbericht 4/72, II; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 4/1972, S. 115)

Dem Rückgang der Industriebeschäftigung bis Januar 1972 gegenüber dem Vorjahr entspricht eine zunehmende Arbeitslosigkeit, deren Quote im Februar 1972 bereits 1,7 Prozent betrug, wobei Männer und Frauen gleichermaßen betroffen waren (Januar 1972 gleichfalls 1,7 Prozent). Von März 1971 bis März 1972 stieg die Arbeitslosigkeit um 30,1 Prozent.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wurden im März 1972 noch 268 000 Arbeitslose gezählt, obgleich die Arbeitsmarktentwicklung durch extrem günstige Witterungsverhältnisse im Februar und März beeinflusst worden war. Insbesondere im Baugewerbe lag schon im Februar und noch mehr im März die Zahl der Ausfalltage weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Nur 6 Prozent der Bauunternehmer meldeten im März für den ifo-Konjunkturtest eine witterungsbedingte Baubehinderung. Der Rückgang der Arbeitslosenziffer zeigt somit noch keine konjunkturelle Belebung an, zumal die offenen Stellen sich im Februar und März weniger stark vermehrten als in früheren Jahren (BMWF Monatsbericht, 4/72, S. 6).

	Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)					
	Arbeitslose (I) 1971	1972	Offene Stellen (II) 1971	1972	Differenz (II) — (I) 1971	1972
Januar	286	376	621	461	335	85
Februar	255	369	669	502	414	133
März	206	268	701	536	495	268

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1972, S. 109)

Bei den offenen Stellen sind Frauen am stärksten betroffen. Belief sich im März 1972 die Arbeitslosenzahl bei den Männern auf rund 155 000, so bei den Frauen auf 113 000.

Rund 325 000 offenen Stellen für männliche standen im März 1972 lediglich 211 000 für weibliche Arbeitskräfte gegenüber.

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nahm im Januar 1972 im Vergleich zum selben Vorjahresmonat weitaus weniger zu als im Januar 1971, und zwar im Januar 1972 um + 9,9 Prozent gegenüber + 24,7 Prozent im Januar 1971 (für weibliche ausländische Arbeitskräfte lauten die Werte + 11,1 bzw. + 21,0 Prozent) (Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 4/1972, S. 113).

Es ist ganz offensichtlich, daß im Ausländerpotential — im Januar 1972 gab es in der BRD 2,2 Mio beschäftigte Ausländer — eine zeitgemäße „industrielle Reservearmee“ zu sehen ist. Ausländische Arbeitskräfte fangen deshalb nicht zuletzt den sozialen Druck auf die gesamte Arbeiterklasse auf, weil sie größtenteils im Falle von Arbeitslosigkeit in ihre Heimatländer zurückkehren. Somit wird das Ausmaß wirklicher Arbeitslosigkeit in der Krisen- und Stagnationsphase statistisch verkleinert.

Deutlicher als die Arbeitslosenzahlen decken die über die Kurzarbeit auf, wie nahe die Abschwungphase der Lage von 1967 gekommen ist.

Kurzarbeiter (in 1000)

1967	1971	Januar 1972	Februar 1972	März 1972
142,7	86,1	314	227	119

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1972, S. 199)

Rückgang der Industriebeschäftigten von Dezember 1970 bis Dezember 1971 um — 2,2 Prozent (192 000), darunter der Arbeiter um — 3,4 Prozent. Rückgang der Industriebeschäftigung im Januar 1972 um — 2,6 Prozent. Arbeitslosenquote im Februar 1972 1,7 Prozent, Männer und Frauen gleichermaßen. Arbeitslose im März 1972 rd. 268 000 (+ 30,1 Prozent gegenüber März 1971). Kurzarbeiter im März etwa 119 000 (Februar 1972 227 000).

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Obwohl im Jahre 1971 — monatsdurchschnittlich — die Beschäftigten in der Industrie absolut um — 1,2 Prozent abnahmen, der Gesamtumsatz um ca. — 6 Prozent langsamer anstieg (1970 + 12,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr), erhöhte sich der Umsatz je Beschäftigten im Vergleich zu 1970 um fast 8 Prozent (relative Abnahme — 0,7 Prozent: 1969/70 + 8,5, 1970/71 + 7,8 Prozent).

Rund 100 000 Arbeitskräfte weniger erwirtschafteten somit einen gegenüber 1970 um 2,8 Mrd. DM höheren Ausstoß.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigte in 1000 DM
1970	8,6	44,1	5,1
1971	8,5	46,9	5,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1972, S. 205)

Dem entsprechen folgende prozentuale Veränderungen:

	Verändg. geg. d. Vorj. i. Prozent		
1970	+ 3,6	+ 12,4	+ 8,5
1971	— 1,2	+ 6,5	+ 7,8

In den Monaten Dezember 1971 bis Februar 1972 erwies es sich — jeweils im Vorjahresvergleich —, daß trotz konstant geringeren Industriebeschäftigtenzahlen (— 2,7 Prozent) ein rasch anwachsendes Umsatzresultat erzielt wurde, wobei die Zunahme des Umsatzes je Beschäftigten sogar noch sprunghafter erfolgte.

Von Dezember 1971 bis Februar 1972 zeigten sich im einzelnen folgende Entwicklungslinien:

	Umsatz je Beschäftigten in 1000 DM	Verändg. geg. d. Vorj. Beschäftigte	Umsatz Umsatz je Besch.	
			Umsatz	Umsatz je Besch.
Dezember	5,8	- 2,2	+ 2,3	+ 3,6
Januar	5,2	- 2,6	+ 4,7	+ 6,1
Februar	5,5	- 2,5	+ 6,8	+ 10,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1971, S. 692, 4/1972, S. 205; INFO 2/1971, S. 6)

2 Unternehmerrgewinne

2.1 Bruttogewinne

Im Jahre 1971 wurde im Vergleich zu 1970 eine Steigerung der statistisch gemeldeten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um + 3,9 Prozent erreicht (1970 173,1 Mrd., 1971 179,7 Mrd. DM).

Die nach außen kraft hervortretende Ertragsminderung für die Unternehmer muß vor dem Hintergrund auch der hohen selbstfinanzierten Investitionen beurteilt werden. Bei nachlassendem realen Produktabsatz muß die Rendite pro überproportional investierter Kapitaleinheit zurückgehen. Löhne und Gehälter stehen zu diesem besonderen Kapitalverhältnis in keiner Beziehung.

Es liegt im Wesen des staatsmonopolistischen Systems, daß die Bundesregierung den effektiven Ertragsrückfluß zumindest stoppen will. Daher visiert sie in ihren Orientierungsdaten für 1972 gegenüber 1971 eine Anhebung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 6,5 Prozent von 180,5 auf 192,5 Mrd. DM an.

Offener bereitete die Arbeitsgemeinschaft auf eine weit höhere Zuwachrate die Öffentlichkeit vor, indem sie eine Erwartungsgröße von 9 Prozent kalkulierte.

2.2 Nettogewinne

Die statistisch ausgewiesenen Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betragen 1971 143,2 Mrd. DM und stiegen damit um + 3,6 Prozent an.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Veränderg. geg. d. Vorj. i. %
1969	122,9	+ 4,0
1970	138,2	+ 12,6
1971	143,2	+ 3,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 80)

Von Unternehmenseite wird aufgrund dieser rein buchhalterisch zu beurteilenden Rate eine Revision der Verteilungspolitik gefordert. Die Bundesregierung ist dazu bereit, wie die Eckdaten des Jahreswirtschaftsberichts für 1972 zeigen: danach sollen die Unternehmerrgewinne — statistisch gesehen — zumindest eine Verdoppelung erfahren; vom DGB allerdings werden die Gewinne netto auf fast das Vierfache, das sind rund 14 Prozent, geschätzt. Dieser Zuwachs kommt sicherlich auch zustande; denn die Arbeitsgemeinschaft hat in ihrer Prognose vom April d. J. schon + 12 Prozent als Datum eingesetzt.

Bei der Beurteilung der Unternehmerrgewinne kann jedoch das jeweilige Jahresergebnis nicht allein zum Maßstab genommen werden. Sie werden hinsichtlich ihrer Veröffentlichung dem Konjunkturzyklus angepaßt.

Eine wirklichkeitgerechtere Gewinnsituation zeigt ein Überblick über den letzten Boom.

Annäherungsweise kann dann von 1967 bis 1971 von folgender Lage ausgegangen werden, wobei die Parallele zur Reallohnentwicklung die tatsächliche Verteilungssituation in der BRD markiert:

	Gewinnerhöhung real je Selbständigen in Prozent		Löhnerhöhung real je abhängig Beschäftigten in Prozent	
	zum Vorjahr	zu 1966	zum Vorjahr	zu 1960
1967	1,1	1,1	1,0	1,0
1968	21,0	22,4	2,8	3,8
1969	2,7	25,7	4,7	8,7
1970	8,1	35,9	8,3	17,8
1971	1,2	37,5	5,1	23,7

(Quelle: Welt der Arbeit, Sonderdienst Januar 1972)

Seit 1966 hat sich demnach das Realeinkommen der Selbständigen um über 37 Prozent, der abhängig Beschäftigten jedoch nur um 24 Prozent — unter Zugrundelegung dieser Berechnungen — erhöht.

Überdies steht oft dem Rückgang der Nettogewinne ein höheres Abschreibungsvolumen gegenüber. Da mindestens ca. 50 Prozent der Abschreibungen, gemessen am effektiven Verschleiß der Anlagen, allgemein als überhöht gelten, werden somit Gewinne in Kosten umgebucht (vgl. Kennziffer 4.1). 1972 soll sich die Abschreibungssumme auf bald 100 Mrd. DM belaufen. Hinzu kommen natürlich die nichtentnommenen Gewinne. Soweit sie statistisch ausgewiesen sind, bewegten sie sich von 1968 bis 1971 zwischen 28 Mrd. und 17 Mrd. DM. Die Arbeitsgemeinschaft nimmt für das laufende Jahr 23,3 Mrd. DM an, mithin + 32,6 Prozent gegenüber 1971 (vgl. Kennziffer 1.1).

Stärker noch als von der Bundesregierung zur Jahreswende angenommen wurde, steht für 1972 eine Heraufsetzung der unternehmerischen Nettogewinne an. Die Arbeitsgemeinschaft hat im April die Prognose der Bundesregierung (im Jahreswirtschaftsbericht Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen + 6,5 Prozent) nach oben korrigiert: Bruttogewinne + 9, netto + 12 Prozent. Die nichtentnommenen Gewinne sollen eine Steigerung von über 32 Prozent (1971 17 Mrd., 1972 23 Mrd. DM) erfahren. Realeinkommenssteigerung der Selbständigen seit 1966 37, der abhängig Beschäftigten nur 24 Prozent laut Berechnungen der Gewerkschaften.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die DGB-Zielprojektion für 1972 geht von einem 9,8prozentigen Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter aus.

Im Rückblick auf 1971 stellte der DGB fest: „Die starken Preiserhöhungen der Unternehmer haben es den Gewerkschaften außerordentlich erschwert, ihre einkommenspolitischen Ziele zu erreichen.“ (Welt der Arbeit, Sonderdienst, Januar 1972)

Wird die unternehmerische Preispolitik zur Richtschnur genommen, dann dürfte der Mißerfolg der Zielprojektion für das laufende Jahr bereits feststehen. Es ist offenbar so, daß sich zwar die Gewerkschaften, nicht aber die Unternehmer an die im Jahreswirtschaftsbericht 1972 der Bundesregierung veröffentlichten Orientierungsdaten halten; denn schon zur Jahresmitte liegen die Inflationsraten im Durchschnitt über der im Jahreswirtschaftsbericht umrissenen Marge von + 4,5 Prozent Preiserhöhung des privaten Verbrauchs (vgl. Kennziffer 3.4). Allgemein wird ein höheres Preisniveau schon deshalb erwartet, weil die Unternehmer die Selbstfinanzierung der Investitionen über den Umfang von 1971 hinaustreiben.

Die prozentuale Ausdehnung der Gewinne über die von Löhnen und Gehältern wurde für 1972 von der Bundesregierung ausdrücklich empfohlen.

Da die Bundesregierung in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Einhaltung ihrer Preisorientierungsdaten keinerlei Garantie abgab und daher auch nichts unternahm, um die Inflation mittels eines Drucks auf die Unternehmer einzudämmen, wird sich daran auch dieses Jahr nichts ändern.

D. h., die Orientierungsdaten werden als einseitiges wirtschaftspolitisches Instrument eingesetzt, um die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften zu vereiteln.

Von Gewerkschaftsseite wird dies offenbar ebenfalls befürchtet: unter der Voraussetzung einer um 4 Mio. geringeren Arbeiter- und Angestelltenzahl, für die 1972 neue Tarifverträge vereinbart werden können, würde eine Erhöhung der Effektivlohnsätze um 6,5 Prozent die Bruttoeinkommen allenfalls um 7 Prozent steigen lassen. Da die Bundesregierung mit einer um 0,5 Prozent niedrigeren Zahl abhängig Beschäftigter für das laufende Jahr rechnet, könnte schließlich am Ende tatsächlich nur eine 6,5prozentige Anhebung der Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit herauskommen. (WWI Mitteilungen, 2/3/1972, S. 51 f.) Der DGB hat seine Zielprojektion bewußt dagegen gestellt. Doch im Widerspruch dazu steht die Tarifpraxis; denn sonst hätten die Abschlüsse im 1. Hj. 1972 im Chemie-, Textil-, Druck- und Papier- sowie Baubereich nicht so ausfallen dürfen, als blieben die Unternehmer mit ihrer Preispolitik ebenfalls im Orientierungsrahmen.

Alle Abschlüsse liegen knapp über 6 Prozent und damit weit unter der DGB-Projektion.

Obwohl die Bruttolöhne und -gehälter nicht zuletzt infolge der konfiskatorischen Umverteilungspolitik der öffentlichen Hand (vgl. Kennziffer 3.2) immer weniger wirkliche Kriterien für den wirtschaftlichen Fortschritt der abhängig Beschäftigten darstellen, bilden sie dennoch die materielle Ausgangsposition. Eine politisch gemeinte Zurückhaltung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik übersieht, daß der Staat eine sozialpartnerschaftliche Politik nicht honoriert.

Ebenso wenig wie bei der progressiv wirkenden Lohnsteuer entlastet er die große Masse der Arbeiter und Angestellten bei der preistreibenden Währungssituation (vgl. Kennziffer 1.3). Er erwartet jedoch andererseits einzig von den Gewerkschaften einen wirksamen Stabilisierungsbeitrag, der, in der gegenwärtigen Lage vom Standpunkt der Unternehmer, im Verzicht auf einen höheren Lebensstandard der Arbeiterklasse besteht.

Wie kritisch ihre Position im Verteilungskampf inzwischen geworden ist, kann aus der Entwicklung der Lohndrift (Spanne zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten) im 4. Vj. 1971 ersehen werden:

	Verändg. geg. d. Vorj. i. Prozent		
	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Lohndrift auf Monatsbasis
1970, 1. Vj.	+ 11,3	+ 14,2	+ 2,9
2. Vj.	+ 11,2	+ 14,7	+ 3,5
3. Vj.	+ 12,0	+ 15,4	+ 3,4
4. Vj.	+ 14,6	+ 14,3	- 0,3
1971, 1. Vj.	+ 14,6	+ 14,6	± 0
2. Vj.	+ 14,6	+ 12,1	- 2,5
3. Vj.	+ 14,1	+ 11,8	- 2,3
4. Vj.	+ 8,9	+ 10,0	+ 1,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 66*)

Obwohl die Lohndrift im 4. Vj. 1971 seit dem vergleichbaren Zeitraum 1970 mit + 1,1 Prozent wieder positiv wurde, sind die Komponenten alarmierend: die Effektivverdienste der abhängig Beschäftigten haben einen Tiefstand erreicht, der sie auf die Basis von 1969 (im Durchschnitt + 9,2 Prozent gegenüber 1968) zurückzuwerfen droht.

Dieser Lohnabbau geht nun mit einem der Tarife einher, wie er ebenfalls seit 1969 (+ 6,4 Prozent) nicht mehr zu konstatieren war.

Das Ziel einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik müßte darin bestehen: Verstetigung auf dem höchsten Reallohniveau über die Konjunkturzyklen hinweg, da Staat und Unternehmer für sich schon seit langem monopolistisches Verhalten in Anspruch nehmen und durchsetzen, während die Gewerkschaften geneigt sind, „marktgerecht“ zu reagieren.

Dabei wird aber langfristig nur ein dürftiges Wachstum der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten gegenüber der

Zunahme der unternehmerischen Vermögensbildung zu erreichen sein (vgl. Kennziffern 4.1 und 4.2), ganz zu schweigen von den konjunkturellen Unsicherheitsfaktoren wie Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit.

Zur Jahresmitte zeichnet sich ab, daß nur die Gewerkschaften an den Orientierungsdaten der Bundesregierung für 1972 verteilungspolitisch festhalten. Sie beschränken die bisher abgeschlossenen Tarife auf knapp 6,5 Prozent Lohn- und Gehaltssteigerung. Währenddessen übertrafen die Preiserhöhungen schon weit die Regierungseckdaten und ebenso werden die Unternehmereinkommen die projektierten Werte übersteigen. Die Funktion der Lohneffektivlinien ist es also, eine aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik zu durchkreuzen. Im Vorjahresvergleich war die Lohndrift Ende des 4. Vj. 1971 mit + 1,1 Prozent zwar wieder positiv, aber auf einer Basis, die fast auf das Niveau von 1969 zurückfiel: die Effektivlöhne stiegen um + 10 Prozent, 1969 waren es + 9,2 Prozent. Annähernd ebenso gering wie 1969 nahm das Tariflohniveau zu: + 8,9 Prozent gegenüber + 6,4 Prozent 1969.

3.2 Steuern und Abgaben

1971 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden 172,2 Mrd. DM an Steuern eingenommen; das entspricht einer Zunahme von + 11,8 Prozent gegenüber 1970. Der Bund kassierte davon 93,1 Mrd. DM (+ 11,3 Prozent), die Länder 56,6 Mrd. DM (+ 12,1 Prozent), die Gemeinden 21,1 Mrd. DM (+ 14,4 Prozent).

Die Gesamteinnahmen schraubten die volkswirtschaftliche Steuerquote (Steuereinnahmen im Verhältnis zum BSP) um + 0,9 gegenüber 1970 auf 22,8 Prozent.

Für das laufende Jahr werden Steuereinnahmen von insgesamt rd. 185 Mrd. DM (+ 7,3 Prozent bei einer volkswirtschaftlichen Steuerquote von 22,85 Prozent) erwartet. (Abgaben nach ifo Schnelldienst 6/1972, S. 5—20)

Die Verteilung des Steueraufkommens auf die gesellschaftlichen Klassen bestätigte einmal mehr die an dieser Stelle des öfteren vorgebrachte These, daß der Staat ein immer stärkeres finanzpolitisches Instrument der unternehmerischen Kerngruppen geworden ist. Im übrigen zeigt die Diskussion um die Steuerreform und ihr Schicksal, wie bewußt die Unternehmerverbände diese Tatsache in ihr politisches Kalkül einbeziehen. Jede Anhebung der Einkommensteuertarife, die die Gewinne selbst minimal höher belasten würden, sowie jeder Versuch, die fundierten Vermögen mehr als bisher steuerlich zu belasten, werden mit Drohungen gegen die Regierung beantwortet. Andererseits plädieren diese Kreise für eine Heraufsetzung der indirekten Verbrauchssteuern und vor allem der Mehrwertsteuer, um zu einer spürbaren Steigerung der Steuerlastquote (etwa auf 24 bis 25 Prozent) zu gelangen.

Generell wird von der öffentlichen Hand eine höhere Steuerlastquote für notwendig erachtet, um die Probleme der Infrastruktur, Bildung, Gesundheit einschließlich des Umweltschutzes erfolgreicher als bislang bewältigen zu können. Doch schon heute ist der Zugriff des Staates auf die Einkommen der abhängig Beschäftigten so intensiv geworden, daß von einem sozialen Charakter der bestehenden Wirtschaftsordnung in der BRD nicht mehr gesprochen werden kann.

Denn Lohnsteuer, Steuern vom Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer), Mineralölsteuer, Tabaksteuer und Branntweinmonopol, also die sog. Massensteuern, erbrachten 1971 zusammen 107,4 Mrd. DM = 62,4 Prozent des gesamten Steueraufkommens, dagegen Steuern vom Gewinn und Vermögen nur 47,5 Mrd. DM = 27,6 Prozent.

Einnahmen 1971 aus Massensteuern

	In Mrd. DM	Veränderg. geg. Vorj. in %
Lohnsteuer	42,8	+ 22
Steuern v. Umsatz	42,9	+ 12,5
Mineralölsteuer	12,4	+ 7,9
Tabaksteuer	6,9	+ 5,0
Branntweinmonopol	2,4	+ 7,5

Einnahmen 1971 aus Gewinn und Vermögensteuern

	In Mrd. DM	Veränderung, geg. Vorj. in %
Veranlagte Einkommensteuer	18,3	+ 14,6
Körperschaftsteuer	7,2	- 17,8
Vermögensteuer	3,1	+ 8,6
Gewerbesteuer	12,2	+ 13,3
Lohnsummen- u. Grundsteuer	4,6	+ 12,2

[Quelle: Ifo Schnelldienst, 6/1972, S. 10]

Wie in den Jahren zuvor blieb der Einnahmesog der Lohnsteuer bestehen. Allein auf sie entfielen 1971 42,6 Prozent der Steuermehreinnahmen in der BRD.

Das Hereinwachsen von Bruttolöhnen und -gehältern in immer steilere Progressionszonen und bisher unversteuertes Einkommen in den proportionalen Bereich besonders in den Jahren 1969 bis 1971 wird dadurch gekennzeichnet, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme zwar um 32 Prozent, das Lohnsteueraufkommen aber um 58 Prozent zunahmen.

Die Lohnsteuerlastquote stieg demnach von 10,9 Prozent im Jahre 1970 auf 11,8 Prozent im vorigen Jahr (ifo-Schnelldienst 6/1972, S. 1, 8).

Der Lohnsteuertarif mit der Wirkung einer „unheimlichen Steuererhöhung“ (so das ifo-Wirtschaftsinstitut) hat eine konfiskatorische Umverteilung großen Stils zur Folge, die in den nächste Jahren zunehmen dürfte.

Dieser Trend ist folgender Übersicht zu entnehmen:

Struktur der Steuerpflichtigen

	Bruttolohn- u. -gehaltssummen in DM		
	unter 7200	7200—25000	25000 u. m.
	Anteil der Steuerpflichtigen in %		
1950	97,8	2,2	0,0
1968	29,1	66,7	4,2
1970	27,1	67,9	5,0
1971	20,5	69,2	10,3

[Quelle: Ifo Schnelldienst, 6/1972, S. 9]

Auch wenn es in Kürze zur angekündigten Steuerreform kommen sollte, wird sich an den progressiven Belastungszunahmen im wesentlichen nichts ändern. Zur Grundlage einer Tarifänderung dürften Schätzungen des Bruttolohn- und -gehaltsniveaus genommen werden, die 1965 angestellt wurden, indes spätestens schon 1969 überholt waren: die für 1970 vorausgeschätzte Bruttolohn- und -gehaltssumme wurde bereits 1968 erreicht, und die von 1974 an durch eine Steuerreform vorgesehenen Entlastungen werden somit nur noch einem ganz geringen Teil abhängig Beschäftigter zugute kommen.

Ein Schlaglicht auf das soziale Bild der Wirtschaftsordnung der BRD wirft die Gegenüberstellung der Lohn- mit der Körperschaftsteuer, die Einkommensteuer der Aktiengesellschaften.

Hier setzte sich der Rückgang des Aufkommens (1970 — 20 Prozent) 1971 mit — 17,8 Prozent fort. Daß das geltende Steuerrecht den Aktiengesellschaften eine Vielzahl von Möglichkeiten für Steuerstundung, Rückerstattung u. a. m. bietet, ergibt sich praktisch aus dem konstant angewachsenen Gewerbesteueraufkommen (1970 + 10,7 1971 12,2 Mrd. D-Mark = + 13,3 Prozent). Die Erträge sind eben nicht zurückgegangen, was erst recht für die Aktiengesellschaften zutreffen dürfte.

Was die Aussichten für das Steueraufkommen 1972 betrifft, so rechnet das ifo-Institut mit erheblich höheren Einnahmen besonders der Tabak- (+ 9 Prozent) und Mineralölsteuer (+ 14,3 Prozent) sowie des Branntweinmonopols (+ 22 Prozent), was durch die Anhebungen im laufenden Jahr bedingt wäre.

Da die Lohnsteuer mit voraussichtlich + 4,2 Mrd. DM und Steuern vom Umsatz (+ 3,1 Mrd. DM) aufgrund des rezessiven Wachstums die Steigerungsrate von 1971 wohl nicht behaupten werden, müssen Steuererhöhungen im Ver-

brauchsgütersektor schätzungsweise im Umfang von ca. 3 Mrd. DM einen Abfall der volkswirtschaftlichen Steuerlastquote verhindern.

Die sozialpolitisch einzig gerechtfertigte Alternative wäre eine progressive Heraussetzung der Vermögen- und Gewinnsteuern im Sinne einer Steuerreform, die den Interessen der Abhängigen zu dienen hätte.

Dafür müßte die steile Progression der Lohnsteuer endlich abgeflacht sowie die Erhöhungen der Verbrauchsteuern rückgängig gemacht werden.

Wenn jedoch die veranlagte Einkommensteuer lediglich um 0,9 Mrd. DM und die Körperschaftsteuer nur um rd. 1 Mrd. D-Mark steigen sollen, bleibt der Vorwurf gegenüber der Steuerpolitik, sie ist auf eine Umverteilung zugunsten der Besitzenden programmiert, unausgeräumt.

1971 nahm die öffentliche Hand insgesamt 172,2 Mrd. D-Mark an Steuern (+ 11,8 Prozent gegenüber 1970) ein. Die volkswirtschaftliche Steuerquote stieg damit um + 0,9 auf 22,8 Prozent. 1972 ist mit einem Gesamtaufkommen von rd. 185 Mrd. DM zu rechnen. Die höchste Steuerbelastung tragen direkt oder indirekt die abhängig Beschäftigten. Die sogenannten Massensteuern (Lohn-, Verbrauch- und Umsatzsteuer) erbrachten 1971 107,4 Mrd. D-Mark = 62,4 Prozent des Gesamtaufkommens, dagegen die Steuern von Gewinn und Vermögen 47,5 Mrd. D-Mark = 27,6 Prozent. Von den Steuermehreinnahmen entfielen allein 42,6 Prozent auf die Lohnsteuer, was einem Anstieg der Steuerlastquote von fast 11 Prozent entspricht. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme stieg von 1968 bis 1971 um 32 Prozent, die Lohnsteuer um 58 Prozent. 1972 wird die Lohnsteuer voraussichtlich um 4,2 Mrd. steigen, die veranlagte Einkommensteuer um 0,9 Mrd., die Körperschaftsteuer um 1 Mrd. DM.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Schere zwischen Brutto- sowie Nettolöhnen und -gehältern umfaßte 1971 absolut rd. 83 Mrd. DM. Damit hat der Unterschied zwischen beiden Einkommenskategorien eine bislang unerreichte Größenordnung erfahren:

- 1968 = 46 Mrd. DM
- 1969 = 55 Mrd. DM
- 1970 = 79 Mrd. DM

83 Mrd. DM bedeuten 23,2 Prozent der 1971 erreichten Bruttolohn- und -gehaltssumme, d. h. die Belastungen der Abhängigen zugunsten der öffentlichen Hand und indirekt der Unternehmervirtschaft haben fast ein Viertel ihrer insgesamt erzielten Verdienste erreicht.

Wie intensiv der Lohndruck im vergangenen Jahr ausgeübt wurde, veranschaulicht der um — 4,3 Prozent geringere Anstieg der Nettolöhne und -gehälter:

	Nettolohn- und -gehaltssumme	
	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. Prozent
1970	237,11	14,8
1971	262,02	10,5

[Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 79]

Noch unter dem vergleichbaren Anstieg der globalen Nettolohn- und -gehaltssumme gegenüber dem Vorjahr lag das im Monatsdurchschnitt erzielte Pro-Kopf-Nettoeinkommen je abhängig Beschäftigten:

	Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten	
	monatlich in DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. Prozent
1970	881	12,1
1971	968	9,9

[Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 81]

Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als im 2. Hj. des vergangenen Jahres die Zahl der abhängig Arbeitenden sogar zurückging, und zwar um — 0,3 Prozent gegenüber dem 2. Hj. 1970

3.4 Preise

Bereits nach Ablauf des 1. Vj. dürfte klar geworden sein, daß das wirtschaftspolitische Ziel, 1972 den Preisauftrieb zu brechen und die Preissteigerungsrate des privaten Verbrauchs auf + 4,5 Prozent zu begrenzen, erneut verfehlt wird. Im März d. J. zogen die Preise für die Lebenshaltung (alle privaten Haushalte) um + 5,4 Prozent an.

Wie die Bundesregierung, so scheint auch der DGB von irrealen Voraussetzungen ausgegangen zu sein, als er in seiner Zielprojektion für 1972 einen Preisanstieg des privaten Verbrauchs um nur + 4 Prozent prognostizierte.

Die Arbeitsgemeinschaft stellte in ihrer Lagebeurteilung vom April d. J. demgegenüber fest: „Bei den Preisen des privaten Verbrauchs werden die Beruhigungstendenzen, die für Industriegüter auf der Erzeugerstufe noch zu erwarten sind, für die Verbraucher nicht... spürbar werden... Zu nennen sind die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, die teils aufgrund der Brüsseler Agrarbeschlüsse, teils wegen der Erhöhung spezifischer Verbrauchssteuern steigen werden; auch werden staatlich kontrollierte Preise und Gebühren angehoben... Für den Investitionsbereich... ist... keine weitere Abschwächung des Preisanstiegs anzunehmen... ist für die Bauinvestitionen... mit einem verstärkten Preisauftrieb zu rechnen.“ (Die Lage der Weltwirtschaft, S. 22)

Weiter wird darauf hingewiesen, daß sich im anstehenden Konjunkturzyklus „die Vergrößerung der Gewinnmargen... diesmal mehr über steigende Preise vollziehen wird als in früheren Zyklen.“ (S. 24)

Auf dieser Ebene liegen die Ankündigungen verschiedener Industriezweige, die Preise noch im Laufe des Jahres heraufzusetzen, wobei an die Notwendigkeit der Stärkung der Selbstfinanzierungskraft erinnert wird.

Der Einzelhandel wird nachziehen und eine durchschnittliche Preissteigerung von + 5 Prozent vornehmen. (Die Zeit, 28. 4. 72, S. 35 f.)

Überdies dürfte der zu erwartende Exportboom den Geldüberhang im Inland erneut erhöhen.

Und schließlich drücken die Rüstungsmilliarden im 1. Hj. die Geldmenge bei Stagnation des realen Wachstums nach oben.

Die mäßigen Tariflohn- und -gehaltserhöhungen im 1. Hj. 1972 werden effektiv diese Belastungen kaum kompensieren können. Eine nochmalige Senkung des Reallohniveaus ist daher nicht mehr auszuschließen.

Preisentwicklung bis März 1972

(1962 = 100; alle Haushalte)

	Lebenshaltungskosten insg.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoff	Kraftfahrzeuge, Fahrr.	Fremde Verkehrsleistung
1969	119,5	156,6	118,7	102,7	124,9
1970	124,0	163,4	127,4	107,3	125,9
1971	130,4	173,1	135,5	113,6	133,8
1971, Jan.	127,1	167,8	134,3	112,5	126,6
Febr.	128,1	169,0	135,4	112,9	126,6
März	128,9	170,2	135,8	112,9	132,0
1972, Jan.	134,5	178,6	141,6	115,3	141,3
Febr.	135,1	179,5	142,9	118,7	141,4
März	135,8	180,6	142,9	119,0	141,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1972, S. 241'; 243')

Zwischen März 1971 und März 1972 stieg der Preisindex

- der Lebenshaltung insgesamt um + 5,4 Prozent;
- der Wohnungsmieten um + 6,1 Prozent;
- von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um + 5,2 Prozent;
- Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um + 5,4 Prozent;
- für fremde Verkehrsleistungen um + 7,4 Prozent.

3.5 Realeinkommensentwicklung

Wie schon seit Mitte 1971 zu erwarten war, sank der Realeinkommenszuwachs der abhängig Beschäftigten in der BRD statistisch gesehen um etwas mehr als 3 Prozent von 8,3 auf 5,1 Prozent.

Ein Abfall der Nettolöhne und -gehälter besonders in den letzten zwei Quartalen des Vorjahres fiel zusammen mit einem heftigen Preisauftrieb.

Tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen im 2. Hj. 1971 konnten keine Stütze mehr, geschweige denn eine Anhebung der Realeinkommen der Abhängigen bewirken.

Wiederum ist eine Konsolidierung ihrer Realeinkommen trotz des Konjunkturabfalls nicht gelungen. Für das laufende Jahr ist eine weitere Minderung des Realeinkommenszuwachses höchstwahrscheinlich, da Unternehmer und Regierung glauben, mittels einer Dämpfung des privaten Verbrauchs die Voraussetzungen für den nächsten Boom zu schaffen.

Es ist aber nach den Erfahrungen aller Konjunkturzyklen nach 1955 eindeutig, daß die abhängig Beschäftigten einen Aufschwung jeweils mit Realeinkommensreduzierungen „bezahlen“ mußten. Insofern ergab sich für sie auf längere Sicht nur ein minimaler Einkommensfortschritt.

Folgende Entwicklung der Zuwachsraten müßte der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zu denken geben:

1955 bis 1958 + 4,5 Prozent;
1959 bis 1963 + 5,1 Prozent;
1964 bis 1967 + 3,6 Prozent;
1968 bis 1971 + 5,2 Prozent.
(berechnet nach: Welt der Arbeit, Sonderdienst, Jan. 1972)

Neben dem aufgrund der Monopolstruktur der BRD-Wirtschaft ungehemmten Profit-Preis-Mechanismus müßten die Gewerkschaften den Lohnsteuermechanismus bei ihren tarifpolitischen Schritten beachten.

Der Appell von Regierung und Unternehmern an gewerkschaftliches Stabilitätsbewußtsein verschleierte diese indirekten negativen Verteilungsprozesse, sobald lediglich die Bruttolöhne und -gehälter zur Diskussion stehen.

Bleiben die Gewerkschaften bei dieser kurzzeitigen Betrachtungsweise, dürfte der Realeinkommensverlust für die Arbeiter und Angestellten 1972 nochmals einen beträchtlichen Prozentsatz umfassen.

3.6 Arbeitszeit

1971 sank die effektive durchschnittliche Arbeitszeit mit 43,2 bezahlten Wochenstunden für die Industriebeschäftigten im Jahresmittel auf den seit 1968 niedrigsten Stand (männliche und weibliche Arbeitskräfte insgesamt).

Noch im Oktober wurden 43,5 bezahlte Wochenstunden registriert, so daß im Spätherbst und Winter trotz des milden Wetters konjunkturell bedingte Arbeitszeitvermindierungen offensichtlich waren.

Wie schon im Vergleich von Juli 1971 auf Juli 1970 (vgl. INFO 1/1972, S. 9), so wirkte sich auch im Oktober die stärkste Reduzierung auf die männlichen Arbeitskräfte aus (Oktober 1970 durchschnittlich bezahlte Wochenstunden 45,0, Oktober 1971 44,2).

Bei den Frauen war der Rückgang zwar relativ schneller als im Juli-Vergleich, jedoch nicht so abrupt (— 0,1 Stunden Juli 1971/Juli 1970, — 0,3 Stunden Oktober 1971/Oktober 1970).

Der Zusammenhang zwischen rückläufigen Reallohnen und effektiv bezahlter Arbeitszeit im vergangenen Jahr dürfte eindeutig sein.

Es wird somit ein um so dringenderes Anliegen der Industriebeschäftigten, daß seitens ihrer Gewerkschaften in den kommenden Tarifverhandlungen diesem Umstand mit der Forderung nach Senkung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich endlich Rechnung getragen wird.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriearbeiter

	männlich	weiblich	insgesamt
1969	44,8	41,0	44,0
1970	44,8	40,7	44,0
1971	43,9	40,5	43,2
1970, Oktober	45,0	40,9	44,1
1971, Oktober	44,2	40,6	43,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 72, 117)

3.7 Renten erwerbstätiger Frauen

Die Einkommenslage der Mehrheit der erwerbstätigen Frauen verschlechtert sich nach Erreichen der Altersgrenze erheblich.

Aufgrund ihrer niedrigen Einkommen (vgl. INFO 1/1972, S. 9 f.) haben sie selbst bei der gleichen Anzahl anrechnungsfähiger Versicherungsjahre nach Vollendung des 65. Lebensjahres eine wesentlich niedrigere Rentenbemessungsgrundlage als Männer. Sie betrug z. B. am 1. 1. 1968 in der Arbeiterrentenversicherung für Männer 106,8, für Frauen 61,1, in der Angestelltenrentenversicherung 172,1 für Männer und 115,0 für Frauen.

Dadurch ergaben sich folgende Durchschnittsbeträge der Versichertenrenten (pro Monat):

	Männer in DM	Frauen in DM	Frauen in % der Männer
Rentenversicherung d. Arbeiter	383,37	154,52	40,3
darunter:			
Berufsunfähigkeitsrente	244,68	86,49	35,3
Erwerbsunfähigkeitsrente	329,25	120,63	36,6
Altersruhegeld (65. Lebensj.)	414,69	166,40	40,1
Altersruhegeld (60. Lebensj.)	440,05	213,85	48,6
Rentenversicherung der Angestellten	602,15	310,92	51,6
darunter:			
Berufsunfähigkeitsrente	306,47	143,01	46,7
Erwerbsunfähigkeitsrente	445,01	220,97	49,7
Altersruhegeld (65. Lebensj.)	641,96	323,55	50,4
Altersruhegeld (60. Lebensj.)	654,01	426,39	65,2

(Quelle: WWI Mitteilungen, 5/1971, S. 134)

Daß eine Arbeiterin mit 166 DM Altersruhegeld noch nicht einmal ihr Leben fristen kann im Gegensatz zu einem Arbeiter mit 415 DM, steht außer Frage.

Im Durchschnitt erhalten Frauen noch nicht einmal halb soviel Rente wie Männer.

Eine weitere Aufschlüsselung der Versichertenrenten enthüllt, daß die Mehrheit aller erwerbstätigen Frauen im Alter völlig ungesichert und ohne Unterstützung durch Angehörige auf Sozialhilfe angewiesen ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die meisten Frauen sich dadurch trotz eigener Erwerbstätigkeit in lebenslanger Abhängigkeit befinden.

Monatliche Versichertenrenten am 1. Januar 1968

Betrag in DM	Arbeiter		Angestellte	
	Männer	Frauen Anteil in %	Männer in %	Frauen
unter 50	0,4	7,2	0,2	2,9
50—100	1,7	14,0	0,6	6,0
100—150	5,4	33,4	1,3	7,3
150—200	8,8	24,9	3,1	17,4
200—250	8,7	9,5	4,5	15,6
250—300	9,0	5,5	4,4	10,3
300—400	19,0	4,5	9,9	14,0
400—600	34,9	1,0	23,1	16,4
600—800	11,8	0,0	28,2	7,4
800 und mehr	0,3	0,0	24,7	2,7
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

(Quelle: WWI Mitteilungen, 5/1971, S. 134)

54,6 Prozent der Arbeiterinnen erhielten weniger als 150 D-Mark Rente, dagegen 7,5 Prozent der Arbeiter.

49,2 Prozent der weiblichen Angestellten verfügten über weniger als 250 DM Rente im Vergleich zu 9,7 Prozent der männlichen.

Mehr als 400 DM Rente bezogen 57 Prozent der Arbeiter, doch nur 1 Prozent der Arbeiterinnen.

53 Prozent männlichen Angestellten, die im Monat mehr als 600 DM Rente bekommen, stehen 10 Prozent weibliche gegenüber.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Die Nettolohn- und -gehaltsquote (Nettolöhne und -gehälter im Verhältnis zum NSP zu Marktpreisen) ist 1971 gegenüber 1970 praktisch gleichgeblieben. Sie belief sich auf 39,1 Prozent (1970 39,0 Prozent).

Im 1. Hj. 1971 wurde noch ein Anteil von 40 Prozent erzielt (vgl. INFO 1/1972 S. 10).

Es machten sich demnach bis zum Jahresende restriktive Tarifabschlüsse sowie die sinkenden Effektivlöhne drastisch bemerkbar.

	NSP zu Marktpreisen	Nettolohn- u. -gehaltssumme	%/-Anteil der Nettolohn- u. -gehaltssumme am NSP
	in Mrd. DM		
1966	440,0	178,5	40,6
1969	539,6	206,6	38,3
1970	608,0	237,1	39,0
1971	670,6	262,0	39,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 66; 2/1972, S. 73, 79)

Nachdem im zurückliegenden Boom die Jahresquote von 1966 nicht mehr erreicht werden konnte (40,6 Prozent), dürfte im Stagnationsjahr 1972 erst recht keine Chance für die abhängig Beschäftigten bestehen, ihren Einkommensanteil (netto) am kaufbaren Sozialprodukt zu erhöhen.

Die Prognose leitet sich einmal aus den bereits vorliegenden Tarifabschlüssen (vgl. Kennziffer 3.1), zum anderen aus der staatsmonopolistischen Verteilungsstrategie für das laufende Jahr ab.

Selbst das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) resigniert, was die verteilungspolitische Perspektive des DGB betrifft: „Sollte es gelingen, eine reale Wachstumsrate des BIP von 3 Prozent zu erreichen und damit einen spürbaren Wachstumseinbruch zu vermeiden, so ist zu erwarten, daß aufgrund der wirtschaftspolitischen Ausgangslage nicht die Verteilungsziele des DGB ..., sondern die... der gewerblichen Wirtschaft die größere Realisierungschance haben.“ (WWI Mitteilungen 2/3/1972, S. 52)

Stellt man das Verteilungskonzept des DGB dem der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1972 und der Gewerblichen Wirtschaft gegenüber, so wird klar, was gemeint ist:

Zielprojektion 1972	Bundesregierung	DGB	Gewerbl. Wirtsch.
	Zunahme geg. d. Vorj. i. %		
Volkseinkommen	6,5/7,5	8,0	7 /7,5
Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit	7 /8	9,8	6 /6,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	6 /7	4	8,5/9

(Quelle: WWI Mitteilungen, 2/3/1972, S. 52)

Die Reduzierung der Abhängigeneinkommen soll somit die Unternehmerprofite in die Höhe treiben.

Da die Steuerpolitik ohnehin eine verschiedenartige Wirkung in Bezug auf die Steigerungsraten der Nettoeinkommen der Abhängigen und Unternehmer zeitigt (vgl. Kennziffer 2.2 und 3.3), dürften sich die Relationen noch viel stärker zuungunsten der abhängig Beschäftigten gestalten.

Hervorzuheben ist zudem, daß es sich bei den Nettoeinkommen der Unternehmer um manipulierte Angaben handelt. Ihre wirkliche Profitmasse kann man nur annähernd erfassen. In erster Linie bilden dafür die Abschreibungen einen Indikator, aus denen vorwiegend die Selbstfinanzierung resultiert. Nach Berechnungen der Gewerkschaften ergab sich für den Unternehmenssektor im Jahre 1971 eine Selbstfinanzierungsquote bei den Bruttoanlageinvestitionen von ca. 77 Prozent. (WWI Mitteilungen, 2/3/1972, S. 45)

Die Bundesbank errechnete 1966 66, 1970 66, 1971 63,6 Prozent bei einem Abschreibungsanteil von etwa 70 Prozent. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/1972, S. 25)

In der Kalkulation werden die Abschreibungen als Kosten behandelt, deshalb vom BSP abgezogen, so daß vor allem das Großkapital in doppelter Weise eine Einkommensverteilung für sich beansprucht; denn die Abschreibungen entsprechen allenfalls zu 50 Prozent dem tatsächlichen Verschleiß, werden aber zu 100 Prozent über die Preise zum Teil als Gewinne realisiert.

Welche Summen Unternehmer und Staat vom Sozialprodukt absorbieren, ist aus den nachstehenden Angaben tendenziell zu entnehmen:

	Abschreibungen		Überschußbildung des Staates ¹⁾
	in	Mrd. DM	
1970	74,7	17,1	7,6
1971	85,5	19,1	7,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 73, 82; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/1972, S. 25)
¹⁾ laufende Einnahme abzüglich laufende Ausgabe einschließlich Nettoanlageinvestitionen

1971 hat sich die Nettolohn- und -gehaltsquote gegenüber 1970 kaum verändert (39,1 statt 39,0 Prozent). Daß keine spürbare Anhebung erfolgte, ist auf den im 2. HJ. 1971 einsetzenden Lohndruck zurückzuführen. Im 1. HJ. lag die Quote noch bei 40 Prozent. 1972 dürfte sie — nach den Orientierungsdaten der Bundesregierung und der Gewerblichen Wirtschaft — wieder stärker fallen. Auf hohem Stand und um fast 11 Mrd. DM erhöht wurden die gewinnträchtigen Abschreibungen: Die Selbstfinanzierungsquote erreichte nach WSI-Berechnungen 77 Prozent (nach denen der Bundesbank 1969 66, 1970 66, 1971 ca. 64 Prozent; Abschreibungsanteil durchschnittlich 70 Prozent). An Unternehmen geleistete Vermögensübertragungen betragen 1970 17,1, 1971 19,1 Mrd. D-Mark. Die Überschufbildung des Staates umfaßte 1971 7,9 Mrd. DM, 1970 7,6 Mrd. DM.

4.2 Vermögensverteilung

Bundesregierung, DGB und Unternehmervverbände führen angesichts der wachsenden Vermögenskonzentration in wenigen privaten Händen zum Teil eine propagandistische, zum Teil eine die wirkliche Sachlage verdeckende Diskussion um Neu- oder Umverteilung des Produktivvermögens.

Wenn beim 624-Mark-Gesetz offiziell von „Vermögensbildung“ gesprochen wird, dann muß zwangsläufig jene Illusion über den Vermögensbegriff entstehen, die heute einige tausend Mark bereits als „Vermögen“ begreift.

In diesem Sinne werden — ursprünglich aus einem Vorsichtsmotiv angelegte — Sparkonten langlebige Konsumgüter einschließlich Einfamilienhäusern ebenso zum „Vermögen“ erhoben wie Erwerbs- oder Produktivvermögen einschließlich Grundbesitz, der über den Mietzins akkumulierbare Gewinne erbringt.

Der quantitative Aspekt bleibt noch der einzige Unterschied bei Einebnung des qualitativen. Insofern werden auch alle Pläne, überbetriebliche Fonds zu bilden, in welche Anteile „investiver Gewinnbeteiligung“ fließen sollen, mit „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ bezeichnet. Die gesellschaftliche Funktion des kapitalistischen Vermögens wird dabei nicht beachtet, die in der Herrschaft von Menschen über Menschen besteht auf der Grundlage unternehmerischer Profiterzielung und Kapitalakkumulation.

Auch Investmentfonds, die pro Kopf der abhängig Beschäftigten prozentuale Anteile am Produktivvermögen verwalten, heben den Widerspruch zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Erzeugung nicht auf. Der pro Kopf anfallende Vermögensanteil bleibt sozial abstrakt und konkretisiert sich nur in quantitativer Weise wie beim Depotstimmrecht der Großbanken.

Keiner der Pläne „investiver Gewinnbeteiligung“ (Gleitze-, Krelle-, Weisser-Plan sowie die Vorstellungen der Staatssekretäre in den dafür zuständigen Bonner Ministerien) enthält andere Konsequenzen.

Daß das „3. Vermögensbildungsgesetz“ (624-Mark-Gesetz), gültig ab 1. 1. 1971, keine Alternative bedeutet, erhellt nachstehende Übersicht des Bundessozialministeriums:

	Begünstigte in Mio. Gesamt	mit Arbeitsleistung	Vermögenswirksamer angelegter Betrag in Mrd. DM
1961	0,05	—	0,015
1965	2,2	—	0,62
1969	5,7	1,0	1,6
1970	12,1	7,6	3,9
1971	14,5	10,0	6,3

(Quelle: Wirtschaftswoche, 14/1972, S. 11)

Pro Begünstigten (Höchstes Einkommen 24 000 DM brutto jährlich) entfielen 1971 danach noch keine 4 500 DM.

Die eigentliche Bedeutung der Sparförderung liegt auf der Ebene der Kapitalsammlung zugunsten der Großindustrie und des Staates. Ein steigender Finanzierungsbedarf erfordert höhere Sparmittel, die bei den Banken zentralisiert und von dort als mittel- bis langfristige Kredite den privaten oder staatlichen Investoren zur Verfügung gestellt werden. Die Inflation fungiert dabei als Instrument, den Realwert der Kredite zu mindern. Auf der anderen Seite verringert sie den Wert der Spareinlagen der abhängig Beschäftigten, nur mit dem Unterschied, daß diese dafür kein Produktivvermögen bilden konnten.

Angesichts dieser Situation kann — sofern nicht die Sozialisierung der Produktivvermögen angestrebt wird — eine gesellschaftspolitisch tragfähigere Lösung des Konzentrationsproblems nur in einer progressiven Besteuerung der Unternehmensgewinne sowie der Aufhebung steuerlicher Begünstigung der Investitionen (Steuerstundung und -ersparnis durch degressive Abschreibung) liegen, damit der Staat einen größeren Anteil am Investitionsvolumen unter Zurückdrängung der Rüstung erhält.

Die Sozial- (Infrastruktur-) Investitionen müssen stärker als die der Großindustrie steigen.

4.3 Staatliche Umverteilung

Die Defizitfinanzierung des Bundeshaushalts erreicht 1972 eine neue Obergrenze. Die Lücke zwischen den zu erwartenden Einnahmen und vorgesehenen Ausgaben soll durch Kreditaufnahmen zwischen 6 und 7,4 Mrd. DM geschlossen werden.

Dies wird als einziger Weg angesehen, um die — gegenüber früheren Plänen ohnehin auf ein Mindestmaß gekürzten — öffentlichen Investitionen zu finanzieren.

Alle Gebietskörperschaften zusammen (Bund, Länder, Gemeinden) werden sich 1972 voraussichtlich um über 20 Mrd. D-Mark neu verschulden.

**Verschuldung der öffentlichen Haushalte
in Mrd. DM (Ende Dezember)**

	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden
1967	108	43	24	32
1969	118	45	26	37
1971	141	49	33	48

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1972, S. 58)

Bei Bund und Ländern ist die relativ hohe Verschuldungsrate im laufenden Jahr widersprüchlich angesichts der Stilllegung von Steuergeldern bei der Bundesbank in Höhe von rund 4 Mrd. DM (Konjunkturausgleichsrücklage). Doch offenbar wird zum einen die Wirtschaftslage für zu unsicher angesehen, um diese leicht mobilisierbaren Mittel bereits jetzt zu verplanen, zum anderen wäre mit ihrer Ausgabe für Finanzierungszwecke auch keine Umverteilung verbunden, soweit es sich um sozialpolitisch vertretbare Investitionen handelte.

Die vorgesehene Verschuldung zielt stattdessen auf eine staatliche Umverteilung größeren Ausmaßes ab. Denn die Tilgung wird einmal aus späteren Steuereinnahmen erfolgen, die vorwiegend von den abhängig Beschäftigten und Rentnern getragen werden (s. d. Kennziffer 3.2), wobei die beabsichtigten Investitionen primär zur besseren Verwertung des privaten Kapitals beitragen sollen.

Dies ergibt sich aus der im September 1971 vorgenommenen Änderung der Schwerpunkte in der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung 1970 bis 1974.

Die Fortschreibung bis 1975 hat das Konzept „innerer Reformen“ endgültig zugunsten staatlicher Förderung privater Kapitalinteressen ausgelöscht. Die Regierung folgte damit jener unternehmerfreundlichen Auffassung, wonach solche öffentliche Investitionen als notwendig angesehen werden, „ohne die die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit der privaten Wirtschaft auf die Dauer in Frage gestellt wäre“. (Wirtschaftswoche, 3/1972, S. 20)

So geht es beim Ausbau des Bildungssektors nicht um eine umfassende Bildungsreform, sondern um Anpassung der Ausbildung an die Unternehmerwünsche. Daher wurde die sogenannte Planungsreserve im Bildungsetat, die zur Finanzierung weitreichender Änderungen im traditionellen Bildungssystem angelegt wurde, gestrichen.

Darüber hinaus wurde das Umweltschutzprogramm erheblich reduziert. Nur noch 1,4 Mrd. DM sollen ab 1972 bis 1975 seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden, obwohl weitaus höhere Summen (maximal 3,8 Mrd. DM) vorgesehen waren.

Der Ausbau des Verkehrswesens wird überwiegend dem von der privaten Industrie verlangten „Hochleistungs-Schnellverkehrssystem“ dienen, nicht dem vom DGB seit langem geforderten Nahverkehr.

Die gegen Reformen im Interesse der Arbeiterklasse gerichtete Investitionspolitik des Staates setzte bereits im Mai 1971 ein, als Investitionsvorhaben des Bundes und der Länder um insgesamt 1,8 Mrd. DM gegenüber den Ansätzen des damals laufenden Haushaltsplans gekürzt wurden.

Im mittelfristigen Finanzplan 1971 bis 1975 wurde von der Bundesregierung noch eine Zuwachsrate der öffentlichen

Investitionen von 10,3 Prozent, im Plan 1972 bis 1975 dagegen nur noch eine von 6,7 Prozent eingesetzt (durchschnittliche Ausgabensteigerungsrate: 7,5 Prozent).

Es ist also für die nächsten drei Jahre keine Erhöhung des Investitionsanteils an den öffentlichen Ausgaben vorgesehen. Dafür wird der Rüstungsetat kontinuierlich ansteigen, ein entscheidender Grund für die Notwendigkeit der Kreditfinanzierung mit Umverteilungseffekten. Eine Gegenüberstellung von Rüstungs- und Bildungsfinanzierung bis 1975 nach den überholten und den neuen Ansätzen deckt diesen Zusammenhang deutlich auf:

Ausgabenansätze in Mrd. DM

	Rüstungsausgaben		Bildungsausgaben	
	alter Finanzplan	neuer Finanzplan	alter Finanzplan	neuer Finanzplan
1970	19,72	—	3,22	—
1971	22,54	22,41	4,64	4,59
1972	23,38	25,30	6,61	6,05
1973	23,77	26,27	8,35	7,16
1974	24,63	27,23	10,20	8,27
1975	—	28,16	—	9,45

(Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen VI/1101, VI/2651)

Als Konsequenz daraus wäre neben dem rigorosen Abbau der Rüstungsausgaben mit dem DGB zu fordern:

- Beibehaltung der Investitionssteuer für private Investoren;
- sofortige Verabschiedung eines Gesetzes gegen die Steuerflucht;
- Streichung staatlicher Subventionen für „industriell verwertbare Forschung“ und für deren Anwendung im Rüstungsbereich;
- Umschichtung des Bundeshaushalts zugunsten sozialer Gemeinschaftsaufgaben wie Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Bildung, öffentlicher Nahverkehr und dadurch finanzielle Entlastung der Länder und Gemeinden.

Erst dann hätte auch eine antizyklische Investitionspolitik des Staates selbst auf der Basis von Kreditfinanzierung einen zu akzeptierenden sozialen Sinn.

Die Defizitfinanzierung des Bundeshaushalts erreicht 1972 mit 6—7,4 Mrd. DM eine neue Obergrenze. Die öffentliche Hand insgesamt wird sich voraussichtlich um ca. 20 Mrd. DM neu verschulden. Daß hier ein Umverteilungskonzept zugrunde liegt, ergibt sich aus dem Einfrieren der aus Steuern gebildeten Konjunkturrücklage von 4 Mrd. DM. Die spätere Tilgung der Schulden muß aus Steuermitteln erfolgen, die defizilfinanzierten Investitionen aber dienen ihrer Art nach vornehmlich der privaten Kapitalverwertung: nach der mittelfristigen Finanzplanung bis 1975 sind die Summen für Reforminvestitionen gestrichen oder gekürzt worden. So die Planungsreserve im Bildungsetat (1972—1975 ca. 3,7 Mrd. D-Mark) und die Ausgaben des Bundes für Umweltschutz (statt 3,8 nur 1,4 Mrd. DM bis 1975); im Verkehrswesen wurden die Ausgaben für den Nahverkehr verringert. Dagegen wurden die ursprünglichen Ansätze für die Rüstung um ca. 8 Mrd. DM heraufgesetzt (1972 bis 1974). Die Zuwachsrate der öffentlichen Investitionen wird statt + 10,3 Prozent des Bundeshaushalts + 6,7 Prozent betragen.

5 Zusammenfassung

Die Zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttosozialprodukt in				
	a) jeweiligen Preisen (INFO 1/72)	1970/1971	%	+ 10,8	1.1
	b) Preisen von 1962 (INFO 1/72)	1970/1971	%	+ 2,7	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) Index (1962 = 100)	März 1972		166	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	März 1972	%	+ 4,5	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt	Februar 1971/Febr. 1972	%	+ 8,0	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie	Februar 1971/Febr. 1972	%	+ 13,4	1.2
5	Auftragseingang der Industrie gegenüber dem				
	a) Vorjahr	März 1972	%	+ 0,6	1.2
	b) Vormonat	März 1972	%	+ 12,6	1.2
6	Exportüberschuß				
	a) absolut	Jan.—Febr. 1972	Mrd. DM	2,8	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	Jan.—Febr. 1972	Mrd. DM	+ 1,0	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen				
	der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1971/1972	%	— 6,0	1.1
8	Beschäftigte in der Industrie				
	a) absolut	Januar 1972	Mio.	8,4	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	Januar 1972	%	— 2,6	1.5
9	Arbeitslose	März 1972	Tsd.	268	1.5
10	Industrieumsatz je Beschäftigten				
	a) absolut	Februar 1972	DM	5500	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	Februar 1972	%	+ 10,0	1.6
11	Veränderung der Bruttoeinkommen				
	a) insgesamt (INFO 1/72)	1970/1971	%	+ 13,1	3.1
	b) je Beschäftigten (INFO 1/72)	1970/1971	%	+ 12,0	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen und -gehältern (Lohndrift)	4. Vj. 1971	%	+ 1,1	3.1
13	Lohnsteuer	1970/1971	%	+ 22	3.2
14	Veranlagte Einkommensteuer	1970/1971	%	+ 14,6	3.2
15	Körperschaftsteuer	1970/1971	%	— 17,8	3.2
16	Nettolohn- und -gehaltssumme				
	a) insgesamt	1970/1971	%	+ 10,5	3.3
	b) je Beschäftigten	1970/1971	%	+ 9,9	3.3
17	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
	a) Indexveränderung (1962 = 100)	März 1971/März 1972	in Pkt.	+ 6,9	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	März 1972	%	+ 5,4	3.4
18	Kaufkraftsteigerung der durchschnittl. Monatsnettolöhne und -gehälter (Realeinkommenssteigerung aufgrund des Lebenshaltungskostenindex)	1970/1971	%	+ 5,1	3.5
19	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie	Oktober 1971	Stunden	43,5	3.6
20	Selbstfinanzierungsquote	1971	%	63,6 —77	4.1
21	Abschreibungen insgesamt	1971	Mrd. DM	85,5	4.1

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber

1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird. Tsd. = Tausend; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

Neuerscheinung!

Betriebs- verfassungsgesetz 72

Vollständiger Text – kommentiert für die Praxis

Herausgeber: Gerd Siebert

236 Seiten, 7,50 DM

15. Kongreß der Sowjetgewerkschaften

Breshnew, Schelepin, Warnke

90 Seiten, broschiert, 2,- DM

Aus unserem Verlagsprogramm:

**EWG-Monopole –
gewerkschaftliche Gegenmacht**

4,50 DM, 116 Seiten

Arbeiter-Seminar '71

6,- DM, 216 Seiten

Gewerkschaften – Standort und Perspektive

7,50 DM, 344 Seiten

Dokumente der Gewerkschaften

4,50 DM, 128 Seiten

Siebert

Mitbestimmung drüben – überbetrieblich

5,- DM, 160 Seiten

Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik

5,- DM, 238 Seiten

Seeger (Hrsgb.)

Marxismus leichtgemacht

4. erweiterte Auflage, November 1971, 24 Seiten DIN A 4, 2,- DM

Seeger

Gewerkschaftliche Grundsatzfragen

1,- DM (Sonderpreis), 64 Seiten



NACHRICHTEN-VERLAGS-GESELLSCHAFT MBH.

6 Frankfurt/Main 1, Glauburgstraße 66

entschleierte profite

Bilanzlesen leichtgemacht

Eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen, verfaßt im Auftrage des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, ca. 160 Seiten, 5 Formblätter, DM 8,-

Wie liest man eine Bilanz? Was sagt die Gewinn- und Verlustrechnung aus? Was versteht man unter Abschreibungen, Rücklagen und Rückstellungen? In welchem Verhältnis stehen die ausgewiesenen Bilanzgewinne zu den tatsächlich erwirtschafteten Profiten? Auf solche und andere Fragen im Zusammenhang mit der Profitanalyse versuchen die Verfasser dieser Publikation eine Antwort vom Standpunkt der marxistischen politischen Ökonomie zu geben, nicht in der Absicht, ein umfassendes Lehrbuch über das betriebliche Rechnungswesen zu veröffentlichen, sondern um eine verständliche und brauchbare Anleitung zur selbständigen Profitermittlung anzubieten. Dieses Handbuch wurde für alle gemacht, die die Manipulationen der Manager durchschauen wollen, für Arbeiter und Angestellte, für Betriebsräte und Vertrauensleute, für Wirtschafts- und Betriebszeitungsredakteure usw.

Kenntnisse über die tatsächlichen Profitverhältnisse und ihre Anwendung im Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten sind gerade heute eine wirksame Waffe gegen das Großkapital. Das Wissen um die tatsächliche Höhe, Struktur und Verwendung der Profite ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer betriebsnahen, gewerkschaftlichen Lohnpolitik und kann zur Entlarvung des oft strapazierten Märchens von der Lohn-Preis-Spirale beitragen. Darüberhinaus wird der Kampf um echte Mitbestimmung, die vor der Finanz- und Investitionspolitik der Betriebe nicht haltmacht, das Bedürfnis nach brauchbaren Profitanalysen wachsen lassen.

Im Mittelpunkt der Publikation steht die Erläuterung der Profitermittlungsmethoden, wobei methodische Hinweise und Formblätter dem interessierten Leser Gelegenheit zur aktiven Mitarbeit geben. Schaubilder und Graphiken tragen dazu bei, den Stoff zu veranschaulichen. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge wurde eine kurze Abhandlung über die Rolle und Bedeutung der Aktiengesellschaften als der vorherrschenden Unternehmensform kapitalistischer Großbetriebe vorangestellt. Ein Schlagwortverzeichnis mit Begriffserläuterungen sowie ein Anhang mit Tabellen und Statistiken zur Lohn- und Profitentwicklung sind wertvolle Ergänzungen dieser Publikation und tragen zur besseren Orientierung bei.



NACHRICHTEN-VERLAGS-GESELLSCHAFT MBH.

6 Frankfurt/Main 1, Glauburgstraße 66

Informationsberichte des IMSF

Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland

(Verfaßt von Dr. Johannes Henrich von Heiseier, Marcella Heiseier, Andre Leisewitz) — Band 7 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1972, 100 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 8,—, bei Abnahme von mindestens 5 Exemplaren DM 7,— pro Bericht

Inhalt:

1. Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung der chemischen Industrie; 2. Besonderheiten der gewerkschaftlichen und politischen Entwicklung der Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie; 3. Die ökonomische Situation der chemischen Industrie vor Beginn der Tarifrunde 1971; 4. Die aktive Streikvorbereitung der Unternehmer; 5. Zur Struktur der IG Chemie-Papier-Keramik; 6. Der Verlauf der Tarifbewegung bis zum Scheitern der Bundesschlichtung für Nordrhein; 7. Die Besonderheiten der Entwicklung in Hessen; 8. Verlauf und Umfang der Arbeitskämpfe vom Scheitern der Bundesschlichtung für Nordrhein bis zum Bonner Kompromiß; 9. Die Entwicklung betrieblicher Aktionen an ausgewählten Beispielen (u. a. Bayer, Glanzstoff, Dynamit Nobel, Hoechst, Merck, Degussa); 10. Die Entscheidungen der Arbeitsgerichte; 11. Die Berichterstattung der bürgerlichen Presse; 12. Die Haltung von CDU/CSU, SPD, FDP; 13. Die Haltung von SPD und DKP; 14. Vergleichende Übersicht; 15. Dokumentenanhang I und II.

Arbeitskampfrecht als Instrument des außerökonomischen Zwangs gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften

(Verfaßt von Rolf Geffken) — Band 8 der Reihe Informationsberichte des IMSF, 25 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 5,—, Auslieferung: Mitte Juli 1972

Inhalt:

1. Die rechtlichen Grenzen des Streiks; 2. Aussperrung und ihre Auswirkung auf die Arbeiterklasse; 3. Tarifvertragsrecht; 6. Zusammenfassung: Streikziel Lohnerhöhung, Ausbruch des Streiks, Tarifabschluß.

Mieten in der BRD

(Verfaßt von Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Bessau) — Band 9 der Reihe Informationsberichte des IMSF, ca. 80 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 8,—, Auslieferung: September 1972.

Inhalt:

1. Die bürgerlich-rechtlichen Rahmenbedingungen; 2. Offensichtliche Tatbestände aus dem Bereich der Mieten und des Wohnbaus; 3. Quantitative und qualitative Beschaffenheit des Wohnraumbestandes; 4. Bodenkonzentration; 5. Mieten und Wohnbau in Beziehung zur sozialen Lage der Mieter; 6. Mieten und Wohnungsbau in wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht; 7. Die Funktion gemeinnütziger Wohnungsunternehmen; 8. Vermieter- und Mieterorganisationen: Funktion und unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Einfluß.

Kaderschule für das Kapital

Theorie und Praxis der Harzburger Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft

(Verfaßt von Manfred Boni, Frank Deppe, Mira Maase, Gerd Wilbert) — Band 10 der Reihe Informationsberichte des IMSF, 25 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 5,—, Auslieferung: Ende Juli 1972

Inhalt:

1. Die Harzburger Akademie — eine der größten westeuropäischen „Kaderschmieden“ des Kapitals; 2. Management, Managementstrategien und kapitalistische Entwicklung; 3. Die Konzeption des „Harzburger Modells“ der „Führung im Mitarbeiterverhältnis“; 4. Das reaktionäre Geschichts- und Gesellschaftsbild des Prof. Höhn. Anmerkungen

Arbeitsmaterialien des IMSF

Internationale Konzerne und Arbeiterklasse

Dokumente — Statistiken — Analysen

Band 2 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VI und 443 Seiten, Format DIN A 4, 2. Auflage, Preis DM 15,—

Mit der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen einen größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Artikel, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen) zu Themen, die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichung bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben. Der vorliegende Band enthält, nach Themenkreisen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Dokumente und Materialien einer Konferenz kommunistischer Parteien der kapitalistischen Länder Europas zum Thema: Der Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas angesichts der Entwicklung der internationalen Konzerne, London 11.—13. Januar 1971; 2. Materialien und Dokumente aus internationalen und nationalen Gewerkschaftsverbänden; 3. Statistische Übersichten, sonstige Dokumente; 4. Analysen zum internationalen Konzern; 5. Bibliographische Angaben

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes gewerkschaftlicher Einheit in Italien

Dokumente — Statistiken — Analysen

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VI und 401 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 15,—, Erscheint in Kürze

Der vorliegende Band enthält, nach Themen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969; 2. Probleme und Aspekte der italienischen Arbeiterbewegung in den Klassenkämpfen 1969 und 1970; Zur Entwicklung der Gewerkschaftseinheit; 4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer; 5. Bibliographie (Publikationen der italienischen Arbeiterbewegung seit 1968); 6. Interview-Anhang; 7. Enrico Berlinguer, Eröffnungsrede auf dem XIII. Parteitag der PCI in Mailand, 13. März 1972; 8. Ergebnisse der Wahlen vom 7. Mai 1972.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),

D-6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. (06 11) 72 49 14